
"Demokratie ist eine Lebensform. [...] Sie zeigt sich im Besitz und der ständigen Nutzung bestimmter Einstellungen, die den Charakter eines Menschen bestimmen und seine Wünsche und Vorstellungen in allen Dingen des Lebens prägen."
(John Dewey, *Creative Democracy*, 1939)¹

Arbeit für demokratische Kultur ist die nachhaltigste Arbeit gegen Rechtsextremismus

Zentrale These dieses Beitrages ist, dass für eine nachhaltige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und menschenfeindlichen Einstellungen, die in unserer Gesellschaft weit verbreitet sind die Stärkung einer demokratischen Kultur und einer auf demokratischen, menschenrechtsorientierten Werten basierenden Zivilgesellschaft notwendig sind. Da zu bedarf es eines veränderten Blickes darauf, was Demokratie im Kern ist. Es bedarf einer Umorientierung von einem staatsfixierten hin zu einem lebensweltlichen Demokratiebegriff. So können akute Krisen unserer Gesellschaft, zu denen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, aber auch Demokratiefeindlichkeit und Politikverdrossenheit gehören, zur Chance für Veränderung und Demokratisierung des Alltags genutzt werden.

Im Beitrag wird zunächst ein normatives, prozessorientiertes Verständnis von Demokratie entwickelt, der sich vom heute vielfach vertretenen Demokratiebegriff als rechtlich normierter Staatsform (parlamentarische Demokratie oder demokratischer Rechtsstaat) diametral unterscheidet. In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, welche Entwicklungs- und Gelingensbedingungen ein solches Verständnis von Demokratie als Form des Zusammenlebens (demokratische Kultur) benötigt. Insbesondere auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft als Ort der freien Artikulation von Bürgerinnen und der Bildung von Bürgerassoziationen und -bewegungen wird hingewiesen. Schließlich wird ausgehend von den theoretischen Überlegungen zu Demokratiebegriff und Zivilgesellschaft die Leitidee und wichtigsten Ziele des Kulturbüro Sachsen e.V. dargestellt, die den Arbeitsansätzen und der Betriebsphilosophie des Kulturbüro zugrunde liegen.

Demokratiebegriff

Der amerikanische Sozialphilosoph und Pädagoge John Dewey (1859 – 1952) argumentiert im obigen Zitat, dass Demokratie eine „Lebenseinstellung ist, die vom Glauben

¹ Dewey, John (1976). *Creative democracy: The task before us*. In J. Boydston (Ed.), *John Dewey: The later works, 1925-1953*, volume 14 (LW. 224-230). Carbondale: Southern Illinois University Press. (Das Original ist eine Rede, die Dewey anlässlich der Feierlichkeiten zu seinem 80.Geburtstag (1939) verfasst hat)

an das Potenzial der menschlichen Natur gelenkt wird.“² Dieser normative, prozess- und handlungsorientierte Demokratiebegriff – der in dieser oder leicht abweichender Form auch von anderen Gesellschaftstheoretikerinnen formuliert wurde - liegt der Arbeit des Kulturbüro Sachsen e.V. zu Grunde.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. unterbreitet, dieser Demokratiephilosophie folgend, Beratungsangebote und führt eigene sozialraumorientierte bzw. grenzüberschreitende Projekte durch. Alle diese Angebote und Projekte verfolgen das Anliegen, „demokratisch-bürgerschaftliches Engagement zugunsten einer zivilen Menschenrechtskultur im Gemeinwesen zu stärken.“³ Die Angebote der Mobilen Beratungsteams, des Jugendhilfe-coaches, des Arbeitsbereiches grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien und die Gemeinwesenarbeit im Projekt „Horizont 21“ zielen allesamt auf die Entwicklung von Konzeptionen, Strukturen und Handlungen, die ein demokratisches Gemeinwesen im lokalen Kontext – also dem unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen – unterstützen, die Kompetenzen von Demokratinnen und Demokraten stärken und demokratiegefährdenden Tendenzen vorbeugen bzw. entgegenzutreten. Das Ziel der Arbeit des Kulturbüro Sachse e.V. ist ein Gemeinwesen, das gekennzeichnet ist durch „eine integrative demokratische Kultur, verbunden mit einer gleichberechtigten öffentlichen Streitkultur bei Wahrung der Gleichwertigkeit und der Rechte aller Menschen und Anerkennung vielfältiger Lebensweisen.“⁴

Die Idee, rechtsextremen »Kontrastkulturen« und rassistischen Einstellungen mit konkreten Beratungsangeboten und sozialräumlicher Projektarbeit eine vitale, demokratisch orientierte Zivilgesellschaft entgegenzustellen, entsprang beklemmenden Erfahrungen, die auf eine antidemokratische Tendenz der Bürgergesellschaft hindeuteten.⁵ Schockierend an den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen war nicht nur das Ausmaß der menschenfeindlichen Gewalt, sondern insbesondere die Zustimmung der Anwohner. Zu Tausenden applaudierten ganz normale Bürgerinnen dem rassistischen Spektakel von Rostock-Lichtenhagen. Rassistische Gewalt schien also nur die Spitze

² E.b.d.

³ AG Qualitätsentwicklung Mobiler Beratung (2005): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus. Ein Profil der Arbeit Mobiler Beratungsteams in Berlin, Mecklenburg Vorpommern, Sachsen und Thüringen, aufgefunden 01. 03. 2011, http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/1MBT_Profil.pdf

⁴ E.b.d.

⁵ Korgel/Bringt (2004): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur In: Wahrnehmen – Deuten – Handeln. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus. Zur Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR), Bulletin 6/2004

de Eisberges zu sein, ein Ventil für die menschenfeindlichen Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung.⁶

Wurde auf diese Pogrome noch mit der einseitigen Förderung so genannter „akzeptierender Jugendarbeit“ reagiert, entwickelte sich in Wissenschaft und zivilgesellschaftlicher Praxis in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein kritischer und zugleich innovativer Diskurs über andere Perspektiven in der Arbeit gegen Rechtsextremismus.⁷ Es entstand die Forderung nach Unterstützung ziviler Gegenkräfte.⁸ Der zuletzt genannte Aspekt entwickelte sich aus den Praxiserfahrungen verschiedener Akteure und Initiativen, die über Jahre in der interkulturellen Arbeit oder in der Beratung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus tätig waren. Ihrer Erfahrung zufolge scheiterte eine wirkungsvolle Intervention nicht nur an starken rechtsextremen Strukturen, sondern auch an Blockaden lokaler Verwaltungen und an den fehlenden Ressourcen für demokratische Gegenkräfte in der zivilgesellschaftlichen Sphäre.

Demokratie in Gefahr

Das Zitat von Dewey macht deutlich, dass ein normativer und prozess- bzw. handlungsorientierter Demokratiebegriff großes Vertrauen in das Vermögen aufgeklärter Menschen - und damit in Bildung als ein Mittel, dieses Vermögen freizusetzen - setzt. Ein solcher Demokratiebegriff hat darüber hinaus nur mittelbar mit den reell vorfindbaren Rahmenbedingungen in konkreten sächsischen Städten und Gemeinden oder den westeuropäisch geprägten parlamentarischen Demokratien allgemein zu tun. Vielmehr führt ein solches normatives Demokratieverständnis unweigerlich zur Kritik an den derzeit vorfindbaren Demokratie-Zuständen. Diese Kritik teilt die Praxis der Beratungs- und Projektarbeit des Kulturbüro Sachsen e.V. mit einer Reihe von Wissenschaftlerinnen:

In der aktuellen bundesdeutschen politischen Debatte erscheint die Demokratieidee - in Gesetze, parlamentarische Verfahren und die staatstheoretische Formel der freiheitlich-demokratischen Grundordnung⁹ gegossen – stattdessen starr, elitär, unveränderbar. So

⁶ Das Forschungsprojekt zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Uni Bielefeld und die von der Uni Leipzig im Auftrag der Friedrich-Eber-Stiftung seit 2004 erarbeiteten sog. „Mittestudien“ haben den Aspekt der weit verbreiteten rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung in den 2000er Jahren herausgearbeitet und die These der zivilgesellschaftlichen Initiativenwissenschaftlich eindrucksvoll erhärtet

⁷ Korgel/Bringt (2004), E.b.d.

⁸ Vgl. hierzu u.A.: Kalb, P.E./Sitte, K./Petry, C. (Hg.) (1999): Rechtsextremistische Jugendliche - was tun?; Lynen von Berg, H./Roth, R. (2003): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet; Roth, R. (2010): Bundespolitische Rahmenbedingungen für erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus. BBE Newsletter 7/2010

⁹ „Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach

gibt es folgerichtig gerade in den scheinbar gefestigten westlichen Demokratien wachsende „Zweifel an der politischen Leistungsfähigkeit sowie der demokratischen Qualität und Legitimation des eingespielten Politikbetriebs. [...] Gleichzeitig ist der öffentliche Sektor in einer Weise geschrumpft und an den Maßgaben der Privatwirtschaft ausgerichtet, dass von ihm keine Gestaltungsimpulse mehr ausgehen.“¹⁰ So kommen namhafte Politikwissenschaftler dieser Tage zu der bedenklichen Analyse, unser demokratisches System befinde sich in einer Strukturkrise und sei „auf dem Weg zur "Postdemokratie".¹¹ Im November 2010 äußerten 79 Prozent der befragten Bürgerinnen bei einer Forsa-Umfrage Zweifel daran, dass ihre Interessen ausreichend Berücksichtigung fänden.¹² Verliert das demokratische System aufgrund ökonomischer Fehler und fehlender politischer Bildung bei den Bürgerinnen an Legitimität ist der Ruf nach autoritären Regimen oder Heilsbringerinnen nicht weit.

Auf der lokalen, lebensnahen Ebene zeigt die Demokratie dort ihre Defizite, wo Menschen- und Bürgerinnenrechte nicht für alle Menschen gleichermaßen eingehalten bzw. durchgesetzt werden. Die praktischen Erfahrungen der Mobilien Beratung und der Projektarbeit des Kulturbüro Sachsen zeigen immer wieder, dass Aktive in lokalen Antirassismusinitiativen oder Kultur- und Bildungsvereinen (nicht nur) in sächsischen Städten und Gemeinden ihre bürgerlichen Freiheitsrechte nicht nur gegen organisierte rechts-extreme Gruppierungen oder rechtsorientierte Jugendliche, sondern immer wieder auch gegenüber der Mehrheitsbevölkerung oder gar gegenüber Ordnungspolitik und –organen verteidigen müssen. Massive Gewalterfahrungen und der parallel dazu stattfindende soziale Ausschluss von alternativen Kultur- und Jugendinitiativen, Menschen mit Migrationshintergrund, People of Colour, linken Wohnprojekten, u.v.a. hat vielen Regionen Sachsens in den vergangenen Jahren ein Imageproblem und den politisch Verantwortlichen ein Handlungsproblem beschert.¹³

dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den Grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten [...], die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteiensystem und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsgemäße Bildung und Ausübung einer Opposition.“ (Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, Bd.2, S. 12f.)

Vgl. Essay von Roland Roth in „Hintergrund Politik“ (01. 01. 2011): Die Blockade zwischen Staat und Bürgern – Demokratie im Wandel; <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1349042/>; aufgefunden: 01. 02. 2011

Der Brite Colin Crouch hat mit dieser These das Schwinden demokratischer Gestaltungsfähigkeit angesichts einer Übermacht von großen Konzernen und Medienunternehmen angeprangert.

¹² Roland Roth (2011), E.b.d.

¹³ Der Brandanschlag am 13. 11. 2010 auf den alternativen Jugendtreff der „Sozialen und politischen Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna e.V.“, der rassistisch motivierte Mord an Marwa el Sherbini am 01. 07. 2009, der Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim am 12. 09. 2008 im ostsächsischen Oppach oder die wiederholten Brandanschläge auf linksalternative Wohnprojekte am 24. 08. 2010 in Dresden

Die beinahe täglichen menschenfeindlichen Befunde von Alltagsdiskriminierungen über rassistisch motivierte Gewalt bis hin zur Verankerung einer Partei, wie der NPD in weiten Teilen der Bevölkerung als wählbare Alternative im politischen Spektrum¹⁴ scheinen dem hier formulierten Ideal einer Demokratie als Lebensform auf Grundlage der Menschenrechte zu widersprechen. Wie soll auf einem so wackligen Fundament Demokratie als Lebenseinstellung - getragen vom humanistischen Glauben an das Potenzial der menschlichen Natur – verwirklicht werden können?

Kulturbüro Sachsen – ein Demokratieprojekt

Der große deutsche jüdische Theologe und Philosoph Leo Baeck spricht in seinen Betrachtungen über das Wesen des Judentums von Optimismus, einer „Welt, in der das Schlechte sich weitet“. Für ihn ist das Wesen der jüdische Religion im Kern ein „gewaltiges und prophetisches 'Und dennoch'“.¹⁵

Auch das hier dargestellte Anliegen der Eindämmung menschenfeindlicher Überzeugungen benötigt so eine Wesenshaltung, wie die Leo Baecks. Rechtsextremistisches, rassistisches und ein von einer Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehendes menschenfeindliches Gedankengut im Alltag bedrohen die demokratische Gesellschaft ebenso, wie die Demokratieverdrossenheit weiter Teile der Bevölkerung. Ausgehend von dieser Erkenntnis, zielen die Angebote des Kulturbüro Sachsen e.V. auf die Entwicklung und Stärkung einer demokratischen Alltagskultur, die gleichberechtigte Teilhabe und Wirksamkeitserfahrungen ermöglicht.¹⁶ Für die Arbeit im Kulturbüro bedarf es zur Bearbeitung dieser Problemlage sowohl des utopischen Zugangs und Verweises auf eine mögliche, wenn auch schwer erreichbare Form gelebter Demokratie, des beharrlichen 'und dennoch', auch gegen Widerstände und Unverständnis, als auch der Analyse und Nutzung bestehender Rahmenbedingungen und Ressourcen. Der hier dargestellte utopische Demokratiebegriff Deweys¹⁷ erinnert uns dabei an zwei zentrale Aspekte:

1. den Gedanken einer partizipatorischen Demokratie, der impliziert, dass Demokratie mehr ist als nur eine Regierungsform oder ein institutionelles Gefüge. Sie

¹⁴ Nach dem bei unserer Beratungsarbeit häufig gehörten Motto: „Die ist doch nicht verboten, also ist sie teil des demokratischen Meinungsspektrums.“

¹⁵ „Das Eigentümliche des Judentums, sein Optimismus, ist, dass es trotz allem gegenüber der Welt, in der das Schlechte sich weitet, nicht resigniert, noch ihr gegenüber gleichgültig wird. [...] Es tritt der Welt gegenüber mit dem Willen, sie umzuwandeln, mit dem Gebote, in ihr das Gute zu verwirklichen. [...] Dieser Optimismus ist das gewaltige prophetische `Und dennoch`.“

¹⁶ Kulturbüro Sachsen e.V.(2008): Leitbild des Kulturbüro Sachsen, aufgefuden am 01. 0. 2011 unter www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/Leitbild_KulturbueroSachsen_eV.pdf

ist auch eine Lebensweise, die auf der möglichst umfassenden Teilhabe aller an den Gütern und Interessen einer Gesellschaft beruht, und zwar zu gleichen Bedingungen und in allen relevanten Lebensbereichen.¹⁸

2. den Gedanken einer pluralen Demokratie, der bedeutet, dass eine Vielfalt unterschiedlicher Gruppierungen, Kulturen und Gesellschaften keine Bedrohung sondern vielmehr eine Selbstverständlichkeit und ein großes Potenzial für ein demokratisches Gemeinwesen darstellt, soweit die institutionellen Voraussetzungen für einen möglichst freien und umfassenden Austausch zwischen den unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens gewährleistet sind¹⁹.

In beiderlei Hinsicht ist Demokratie ein visionäres Entwicklungs- bzw. Verbesserungsprojekt, keine Beschreibung gesellschaftlicher Realität. „Das Ziel der Demokratie ist ein radikales Ziel. Denn es ist ein Ziel, das bisher noch zu keiner Zeit und in keinem Land adäquat verwirklicht worden ist.“²⁰

Der visionäre Demokratiebegriff darf jedoch in der praktischen Arbeit nicht den Blick für das vorhandene, seine Potenziale und Schwachstellen, verstellen. Eine umfassende Analyse vorhandener Strukturen, Themen, Akteure und ihrer Potenziale und Defizite ist daher Startpunkt eines jeden sozialräumlichen Beratungsprojektes des Kulturbüro Sachsen.²¹ Dabei wählen die Beraterinnen oder Gemeinwesenarbeiterinnen im Kulturbüro Sachsen je nach Bedarf und zeitlichem Erfordernis aus einem Repertoire unterschiedlicher Analysemethoden. Immer jedoch sind ausführliche Gespräche bzw. Interviews lokaler Akteure als Expertinnen der Belange ihrer Kommune Ausgangspunkt der Strategiebildung und Beratungsarbeit des Kulturbüros. „Dabei zeichnet sich Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus dadurch aus, dass lokale Probleme in eine gesamtgesellschaftliche Problemlage eingebettet sind, d.h. sie sind immer auch Ergebnis davon, wie sich Rechtsextremismus regional, landes- und bundesweit mobilisiert, ausgestaltet und organisiert. Das berufliche Selbstverständnis von Berater/innen ist vor diesem Hintergrund immer davon geprägt, den Vorstellungen und Bedarfen der Beratungsnehmer/innen hinsichtlich der Bearbeitung akuter lokaler Probleme nachzukommen und dabei mittelfristig Demokratiefähigkeit und Partizipation gemeinwesenorientiert

¹⁷ eine systematische und umfassende Darstellung in ders. »Democracy and Education« (1916; MW 9)

¹⁸ Das Zitat entstammt Deweys kleinem Text „Democracy Is Radical“ (LW 11, 296-299) aus dem Jahre 1937. (LW 11, 299)

¹⁹ Vgl. ebd., 87-106

²⁰ E.b.d.

²¹ Vgl. hierzu Korgel/Bringt (2004): 13 ff., sowie Methoden und Hintergründe zu Sozialraumanalysen im Kontext Mobiler Beratung, aufgefunden am 01. 0. 2011 unter www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/methoden_sozialraumanalyse.pdf als auch Veröffentlichungen zu Sozialraumanalysen und

zu fördern. Zu diesem Zweck agieren Berater/innen aufsuchend, prozessorientiert, wirken nachhaltig und sind unabhängig.“²² Die Beratung zielt darüber hinaus, auch dann, wenn sie von einer individuellen Problemlage ausgeht, immer auf eine Problembearbeitung in gemeinwesenorientierten/sozialen Netzwerken ab. Hierfür werden lokale/regionale Ressourcen identifiziert, mobilisiert und weiterentwickelt.

Beratung wird in diesem Kontext als Intervention, als Eingreifen von außen verstanden, das die Analyse der Situation, das Einbeziehen von Ressourcen vor Ort sowie das Ableiten erforderlicher Maßnahmen zur Bearbeitung lokaler Probleme in Kooperation von Beraterinnen und Beratungsnehmerinnen umfasst. Ein entscheidender Vorteil der Beratungsarbeit ist der externe Blick. Die Mitarbeiterinnen des Kulturbüro Sachsen sind nicht Teil der Konflikt- oder Gemengelage lokaler Probleme. Sie können mit Abstand, der Erfahrung aus anderen Beratungsprozessen und dem Rückgriff auf das Ideal einer gelebten Demokratie den Blick für notwendige Veränderungen vor Ort schärfen helfen.

Schließlich bedarf es für eine erfolgreiche Beratungs- und Projektarbeit der Übersetzung sowohl der externen Lokalraumanalyse, als auch der Ableitungen einer der Arbeit zugrunde liegenden normativen Demokratiebegreifung in praktische Arbeitsansätze. Lokale Aktions- oder Handlungspläne sind die für eine solche Übersetzungsarbeit gebräuchlichen Methoden.

Zivilgesellschaft – Lebenselixier der Demokratie

Gelebte Demokratie ist ohne demokratische Akteure und eine Kultur gelebter Demokratie im Alltag²³ nicht möglich. Akteure und Alltagskultur finden sich in der Zivilgesellschaft, einem soziologischen Sammelbegriff für Individuen und gesellschaftliche Gruppen, die nach demokratischen Werten und Normen miteinander interagieren.

Die historische Entwicklung dieser Zivilgesellschaft lässt sich als einen Prozess beschreiben, in dem die Individuen und gesellschaftlichen Gruppen ihre Möglichkeiten der

der Erarbeitung von Handlungsstrategien im Kontext von Gemeinwesenprojekten, aufgefunden am 01. 03. 2011 unter <http://www.kulturbuero-sachsen.de/gemeinwesenarbeit.php4?n=2>

²² AG Qualitätsstandards Mobiler Beratung im Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ (2010): Qualitätsstandards für die Mobile Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus zur Stärkung demokratischer Kultur, aufgefunden am 01. 03. 2011 unter http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/AG_Qualitaetsstandards_kompetent.pdf

²³ Demokratische Kultur bedeutet die Anerkennung der Würde und Freiheit jedes Menschen kraft seines Menschseins. Aus der Gleichwertigkeit der Menschen folgt der Anspruch in gleicher Weise an der Steuerung gesell. Verhältnisse teilzunehmen. Die grundsätzliche Freiheit des/der Einzelnen ist das Prinzip zur Lösung individueller und gesellschaftlicher Probleme. Beschränkungen der Freiheit sind stets legitimationsbedürftig. Demokratische Kultur zielt somit auf die Entwicklung der Gesellschaft unter Einbeziehung aller gesell. Gruppen auf der Grundlage des demokratischen Menschenbildes. Eine solche politische Kultur der Beteiligung und des Dialoges ist nur mittels breiter Information und Transparenz von Entscheidungsstrukturen möglich. Demokratische Kultur hat dort Gren-

Freiheit gegenüber Staat und Wirtschaft erkämpften. Einige Stufen dieser Entwicklung und die daraus entstandenen gesellschaftlichen Institutionen seien kurz genannt: Gegen die absolutistische Macht des Königs sprach Locke von Zivilgesellschaft als Schutz des Einzelnen durch ein lebendiges Parlament. Später meinte Montesquieu, dass es zwischen dem Einzelnen und dem Parlament große vermittelnde Organisationen geben muss, die ebenfalls zur Zivilgesellschaft gehören. Tocqueville sagte, das reiche nicht und lebendige Innovation durch kleine freiwillige Assoziationen gehöre ebenfalls dazu, wir nennen sie heute NGO's. Gramscis revolutionäres Konzept schloss die Meinungsführer aller Ebenen des kulturellen Alltags ein und Habermas schließlich findet, dass es keine Zivilgesellschaft gibt, ohne öffentliche Kommunikation, die es erlaubt, herrschaftsfrei über Werte zu reden.²⁴

So unterschiedlich wie die historischen Zusammenhänge, waren auch die Interessen der Akteure, die den Begriff Zivilgesellschaft gebrauchten. Ihre Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie aus unterschiedlichen Motiven heraus die Ausdehnung der Rechte und der Freiheit der Individuen gegenüber der herrschenden Struktur des Staates zum Ziel hatten. Egal, ob wir von Frauenrechtlerinnen und -initiativen bis hin zu aktuellen Auseinandersetzungen über Gender Aspekte und Gender Mainstreaming sprechen. Ob wir den Kampf jüdischer Bürgerrechtler und Gruppen um Gleichberechtigung und gleiche Mitwirkungschancen meinen. Ob wir den langen Kampf der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung und anderer Gruppen von People of Colour für ihre Rechte und Mitbestimmung reflektieren. Ob wir schließlich die Bürgerbewegungen des ehemaligen Ostblocks²⁵ bis hin zum Fall der Mauer und zu den politischen Systemwechseln sehen, die heute – zwanzig Jahre später – stark an aktuelle Bürgerrechtsinitiativen und Entwicklungen in den arabischen Staaten erinnern. Ihnen allen ging und geht es um die Wiedergewinnung der eigenen Würde (aufrechter Gang), demokratische Mitbestimmung und eine offene Gesellschaft. Demokratie zeichnet sich aus dieser Perspektive durch selbstbewusste und aktive Bürgerinnen aus, die andere Bürgerinnen unabhängig ihrer sozialen und kulturellen Herkunft als gleichwertig anerkennen, Verantwortung für die friedliche Gestaltung ihrer sozialen Umwelt übernehmen, Probleme sehen und ansprechen, um diese gemeinsam mit anderen Bürgerinnen durch faires Sprechen und gemeinsames Handeln zu lösen.

zen, wo universelle Menschenrechte nicht anerkannt, wo rassistische oder völkische Wertevorstellungen offen propagiert werden.

²⁴ Vgl. Kahane, Anetta: Bürgerstiftung und Zivilgesellschaft In: Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründung, Aufbau, Projekte. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2000

²⁵ Charta 77 in der Tschechoslowakei, Solidarnosz in Polen oder die Bürgerbewegungen Neues Forum, Demokratie jetzt, Initiative für Frieden und Menschenrechte, Demokratischer Aufbruch der DDR

Die Vielfalt der Interessen und Konflikte von Bürgerinnen allein bedeuten jedoch noch kein demokratisch-emanzipatorisches Potenzial. Nur in der Anerkennung der Würde und einer gelebten Gleichwertigkeit der Menschen und ihrer Zusammenschlüsse innerhalb der Zivilgesellschaft liegt die Basis für deren demokratische Entwicklung. Dieser Kampf um Anerkennung und Würde durchzieht die Geschichte der Bürgerrechtsbewegungen und der Zivilgesellschaft.²⁶ Alle oben genannten Bürgerrechtsbewegungen und die Zivilgesellschaft insgesamt stehen aber auch in der Gefahr, ihre emanzipatorischen Potenziale zu vernachlässigen und in autoritären Strukturen oder Systemen zu gerinnen. Entscheidend dafür, wie emanzipatorisch und demokratisch eine (Zivil-)Gesellschaft ist, ist der Grad an partizipativen Elementen, der Grad an Beteiligung möglichst vieler Menschen oder Gruppen. „Die normative Forderung der Inklusion [Einbeziehung/Beteiligung; der Verf.] bildet einen Dreh- und Angelpunkt der deliberativen Demokratietheorie,²⁷ mindestens insofern sie sich mit den Begriffen der Öffentlichkeit und Gleichberechtigung fassen lässt.“²⁸ Für eine Vielzahl von Demokratie- und Zivilgesellschaftstheoretikerinnen sind politische Entscheidungen, wenn diejenigen Menschen, die von ihnen unmittelbar betroffen sind, am Entscheidungsprozess beteiligt waren²⁹ – die aktuellen Debatten um die Atomendlagerung in Gorleben, Stuttgart 21 oder Berlin-Brandenburg-International lassen grüßen.

Pluralismus, Bürgersinn und Zivilcourage als leitende Werte der Zivilgesellschaft

Der freiheitliche, menschenrechtsorientierte Anspruch lässt sich nicht grundsätzlich gegen oder für einen Staat formulieren. Er kann sich in bestimmten Konstellationen schützend vor den Rechtsstaat stellen oder ihn angreifen. Manchmal ist beides gleichermaßen nötig.

Ein Idealbild einer Zivilgesellschaft mit demokratischem Geist wird von DAHRENDORF entworfen. Er legt in seinem Konzept der Bürgergesellschaft³⁰ den Fokus auf nichtstaatliche und dezentrale „Organisationen und Institutionen als Organe des Volkswillens“³¹ und will „das schöpferische Chaos der vielen, vor dem Zugriff des (Zentral-)Staates schützen.“³² Parteien, Gewerkschaften, Industrieunternehmen, soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGO's), Universitäten, Kirchen, Stiftungen, etc. sind In

²⁶ Vgl. u.a. Honneth (1992) & (1995), Taylor (1993), Habermas (1992) & (1993), Young (2000)

²⁷ Habermas (1992): 367-372

²⁸ Habermas (1993): 370

²⁹ Young (2000) 53; siehe dazu auch Habermas (1983): 98-102; Habermas (1991) 134

³⁰ Dahrendorf übersetzt den englischen Begriff „civil society“ ausschließlich mit „Bürgergesellschaft“. Für die verständliche Nutzung seiner Überlegungen in diesem Text erscheint mir jedoch die Übersetzung „Zivilegesellschaft“ hilfreicher

³¹ Vgl. Dahrendorf (1991): 262

stitutionen der Zivilgesellschaft.

Die Sphäre in der die zivilgesellschaftlichen Institutionen operieren, muss von Vielfalt (Pluralismus), Autonomie und Gewaltlosigkeit geprägt sein. Herausragendes Merkmal der Zivilgesellschaft ist für Dahrendorf der „Bürgersinn“³³, womit er Tugenden wie „Bürgerstolz“ und „Zivilcourage“³⁴ meint. Der Bürgersinn ist jedoch in Gefahr, weil viele Menschen von soziokultureller Partizipation ausgeschlossen werden. Das Problem dieser Exkludierten und Marginalisierten ist das der ‚Unvollständigkeit‘. Sie manifestiert sich in unvollständigen Familien, unvollständigen Arbeitsverhältnissen, unvollständigen Staatsbürgern (bspw. Migrantinnen) und unvollständigen politischen und sozialen Rechten manifestiert.³⁵ Diese „Unvollständigkeit“ ist nach Dahrendorf das zentrale Problem der westlichen Bürgergesellschaften, denn die so entstandenen unpolitischen Unterschichten sind eine „ständige Anklage gegen die Zivilität unserer Gesellschaft“.³⁶ Soziale Ausgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen und Klassen aus der Zivilgesellschaft erfolgt über die Beschneidung ökonomischen Kapitals (Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg, Verteuerung von Bildungsangeboten zur Steigerung des kulturellen Kapitals etc.). Ausschlusskriterien können aber auch kulturell formuliert werden. Um diese Entwicklung zu unterbinden, schlägt Dahrendorf erweiterte Möglichkeiten der Teilhabe an der Demokratie vor. Demokratische Verfahren müssten durchlässiger gestaltet und in die politische Kultur, in ein politisches Verhalten eingebettet werden. Um eine demokratische Zivilgesellschaft zu verwirklichen, ist die Einführung demokratisch orientierter staatsbürgerlicher Rechte unabdingbar. „Sie müssen zu Institutionen im vollen Wortsinn werden, nämlich zu Normen, die ohne äußere Sanktionen befolgt werden, weil sie zu einem Bestandteil des sozialen Habitus der Menschen geworden sind“³⁷. Die Zivilgesellschaft ist auf eine demokratische Organisation, in der die Meinungen und kulturellen Bilder von Minderheiten Beachtung finden, angewiesen.

Konsequenzen für die (Arbeit)ansätze des Kulturbüro Sachsen

Die Arbeitsansätze des Kulturbüro Sachsen e.V. müssen - um sich pragmatisch dem oben dargestellten normativ-prozesshaften Demokratiebegriff und einer einschließenden, anerkennenden Zivilgesellschaft anzunähern - Perspektiven für eine Anerken-

³² Dahrendorf (1992): 69

³³ E.b.d.: 70

³⁴ E.b.d.

³⁵ Dahrendorf (1991): 251

³⁶ E.b.d.: 252

³⁷ E.b.d.: 257

nungskultur und selbstbewusstes, emanzipatorisches Bürgerengagement in der Erfahrungs- und Lebenswelt der Menschen eröffnen. Mit anderen Worten: es gilt vielerorts, eine demokratische Zivilgesellschaft überhaupt erst zu entwickeln. Dazu bedarf es vielfältiger Projektformen und Begleitungsstrukturen, wie bspw. Mobiler Beratung und emanzipatorischer Gemeinwesenarbeit³⁸, die in alltagsnahen Formen Menschen wertschätzend dazu animieren und in die Lage versetzen, ihre eigenen Ziele und Ideen gewinnbringend für die Gesellschaft zu verwirklichen. Dabei setzt die Arbeit des Kulturbüro Sachsen auf eine besondere Stärke lokaler Initiativen und Vereine: mit den je eigenen Qualifikationen und dem Erfahrungswissen ihrer überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen arbeiten sie kontinuierlich, direkt vor Ort, kleinteilig an ihren eigenen Belangen und Themen. Dieses Bürgerinnenengagement, die Eigenverantwortung und Kreativität lokaler Akteure, soll durch externe Beratung, Informationsvermittlung, Begleitung, Vermittlung professioneller Hilfe und unterstützende Projektarbeit gestärkt und neue Ideen und Perspektiven eröffnet werden. Ziel eines solchen Empowerment-Prozesses ist - demokratietheoretisch gesprochen - die „Herausbildung eines politischen Bewusstseins, eines Selbstwertgefühles und -begriffes der begleiteten Personen und -gruppen, die das der Bürgerinnengesellschaft innewohnende zivilgesellschaftliche Potenzial zur Selbstorganisation, Interessenartikulation, Partizipation, Integration und Machterlangung (über Diskurse, in Parlamenten, etc.) aktiviert“.³⁹

Während soziologische Termini wie „Dritter Sektor“ oder Bürgergesellschaft in Abgrenzung zu dem entwickelt werden, was die Sache selbst nicht ist: nicht Staat (erster Sektor), nicht Wirtschaft (zweiter Sektor), bezeichnet „Zivilgesellschaft“ im oben hergeleiteten Sinn eine normative Kategorie mit einem eigenen Profil, eigenen Kompetenzfeldern und - vor allem - einem eigenen, scharf umrissenen Bewusstsein von sich selbst und von seiner gesellschaftspolitischen Bedeutung.⁴⁰ In Anlehnung an Marx ist das Ziel der Arbeit des Kulturbüro Sachsen, die Zivilgesellschaft von einer „Klasse an sich“ in eine „Klasse für sich“ zu verwandeln. Es sollen also Akteure gefunden und gestärkt werden, denen die eigene Würde, das eigene Expertenwissen und der wertschätzende Umgang untereinander wertvoll und ihr persönlicher Beitrag für die Entwicklung eines Gemeinwesens wichtig genug ist, ihn öffentlich zu machen und umzusetzen. Das heißt, sowohl

³⁸ Im Unterschied zu Konfliktausgleichmodellen im Gemeinwesen, wie Quartiersmanagement oder gemeinwesenorientierter Jugendarbeit ist hier von einem politischen und emanzipatorischen Modell von Gemeinwesenarbeit die Rede, wie es bspw. von Saul Alinsky und der Chicago School in den USA vertreten wurde und wird (vgl. dazu Bringt (2007), S. 69-71)

³⁹ Priller (2004), S. 26

⁴⁰ Kloepfer (2001), Verschenken - beschenkt werden. Kernkompetenzen und Ökonomie der »Wachstumsbranche Dritter Sektor (Zugriff: 6. 4. 2004, 12.33 MESZ) http://www.gruene-berlin.de/positionen/stach_arg/129/verschenken.html

bei den Beratungsnehmerinnen und Partnerinnen als auch bei den Beraterinnen und Projektkoordinatorinnen des Kulturbüros selbst einen stetigen, sich gegenseitig befördernden Bewusstwerdungs- und Ermächtigungsprozesses zu fördern. Aus den aufgrund eigener Erfahrungen, Sorgen und Nöte entstandenen Gruppen und Initiativen mit ihrem je orts- und themenspezifischen Engagement sollen gesellschaftsgestaltende, Gesellschaft (im kleinen) verändernde Strukturen wachsen. Es soll mehr Raum für Bürgerengagement und Erfahrungen eigener Wirksamkeit ermöglicht werden. Aus solchen Demokratieprojekten in unterschiedlichen Orten und Regionen kann – so die Hoffnung – Gesellschaft auch insgesamt verändert werden.

Demokratie als emanzipatorische Lebensform braucht Zivilgesellschaft. Sie braucht Orte und Gelegenheitsstrukturen, in denen demokratische Werte (Bürgersinn: z.B. Solidarität, Gemeinwohlorientierung, Verantwortungsübernahme, Kooperationsbereitschaft und Zivilcourage⁴¹) erlernt und umgesetzt werden. Solche Gelegenheitsstrukturen können alternative Jugendinitiativen, lokale Vereine, Seniorenkreise, Kirchengemeinden, Bürgerdiskussionen und -initiativen oder soziokulturelle oder soziale Einrichtungen sein. Findet an solchen Orten eine gelebte demokratische Kultur statt, die Lust auf Beteiligung und Mitbestimmung macht, Kritik zulässt und Macht gleichberechtigt verteilt, dann können sie Leuttürme für demokratische Kultur sein. Demokratische Kultur erfordert ein Miteinander vieler Akteure statt eines Gegeneinanders oder Beharrens auf eigenen ökonomischen, sozialen, kulturellen oder symbolischen Ressourcen und Machtmitteln.⁴²

Die kürzlich geführte bundesweite Debatte um Anti-Extremismuserklärungen einerseits und die Kritik am ordnungspolitischen Extremismusbegriff andererseits hat deutlich werden lassen, wie unterschiedlich die Demokratievorstellungen staatlicher Behörden und konservativer Politik auf der einen Seite und zivilgesellschaftlichen Initiativen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Kirchen auf der anderen Seite sind. Konstruktive Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen Zuständen und dem verfassungsgemäßen Rahmen der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ (beispielsweise gegen die Einschränkung bzw. Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im § 16 des Grundgesetzes oder das Beharren auf Formen zivilen Ungehorsams gegenüber staatlichem Handeln, bspw. bei der Durchsetzung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit von Rechtsextremen) ist aus der Perspektive des hier vertretenen und sowohl von Verfassungsrechtlern als auch einem Großteil der Geisteswissenschaften gestützten Demokratiebegriffes

⁴¹ Vgl. Dahrendorf (1992)

möglich und manchmal geboten. Die demokratische Zivilgesellschaft hat notwendigerweise andere Aufgaben im demokratischen Prozess als der Staat und seine Organe.

Die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft erfordert die stetige Stärkung und den Erhalt sozialer und kultureller Ressourcen im lokalen Kontext. Dazu bedarf es einer Angebots- und Akteursvielfalt, der soziokulturellen und politischen Bildung im Jugend- und Erwachsenenbereich und einer langfristigen Unterstützung lokaler Partizipationsangebote für zivilgesellschaftliche Gruppen aller Altersstufen. Bei der Förderung von strukturschaffenden und –fördernden Angeboten zur Begleitung von Vereinen und Initiativen müssen im Sinne zivilgesellschaftlicher Emanzipation und Inklusion möglichst alle Bevölkerungsgruppen in einer integrierten Strategie berücksichtigt finden.

Perspektiven für die zivilgesellschaftliche Arbeit

Mit einer normativen Idee von Demokratie stehen Projekte für Demokratie gegen Rechtsextremismus - insbesondere in Ostdeutschland, wo es eine Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Selbstaneignung demokratischer Werte nur bei wenigen Akteuren gibt – vor besonders großen Herausforderungen. Die beflügelnden Erfahrungen erfolgreicher Selbstermächtigung, eines „aufrechten Gangs“ und der tatsächlichen Wirksamkeit des eigenen Handelns, die manche von uns in den Bürgerrechtsbewegungen oder politischen Arbeitskreisen der späten DDR bis hin zu den Montagsdemonstrationen machen konnten, prägen die Arbeit des Kulturbüro Sachsen.

Zivilgesellschaft bedarf – besonders vor dem Hintergrund des staatlich alimentierten⁴³ Wohlfahrtswesens – des fördernden und ermöglichenden Staates. Er muss konstruktive Kritik wertschätzen und Emanzipations- und Veränderungsprozesse sowohl im lokalen als auch im gesellschaftlichen Kontext zulassen. Er muss darüber hinaus engagierten und kritischen Bürgerinnen auf Augenhöhe und mit einem grundsätzlichen Wohlwollen begegnen, statt sie als lästige Querulantinnen, inkompetente Stümperinnen oder gar staatsfeindliche Extremistinnen zu disqualifizieren.

Das politische Handeln wirtschaftlicher und politischer Eliten bzw. der Verwaltung ist jedoch selten bürgernah und kritikoffen. Die somit vorprogrammierten Konfliktlagen erzeugen erhebliche Reibungsverluste und bedürfen professioneller Bewältigung. Dabei benötigt eine auf Entwicklung angelegte Interaktion zwischen engagierten Bürgerinnen, Wirtschaft und Staat professionelle Mediations- und Aushandlungsagenten:

⁴² Vgl hierzu: Theorie des Sozialen Feldes und Kapitalbegriff bei Pierre Bourdieu

⁴³ und damit von staatlicher Förderung abhängigen

- auf Seiten der Zivilgesellschaft im Sinne einer emanzipatorischen und strategie- und lobbybildenden Beratung
- auf Seiten des Staates im Sinne von Politikberatung und Agenda-Setting via Medien und parlamentarische Prozesse.

Ist professionelle Aktivierung, Begleitung und Moderation in einer solchen gesellschaftlichen Situation mittels Projektförderung direkt von staatlicher Förderung abhängig, wird sie schnell zum Spielball politischer Machtinteressen und ist nur begrenzt in der Lage, tatsächliche Veränderungsprozesse zu begleiten. Hierzu bedarf es einer weitgehenden politischen und ökonomischen Unabhängigkeit. Die inhaltlichen Debatten um die Rahmenbedingungen und Ziele des für die Jahre 2011-2014 aufgelegten neuen Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ lassen erkennen, dass der in diesem Artikel beschriebene zivilgesellschaftliche Ansatz zur nachhaltigen Bekämpfung menschenfeindlicher und rechtsextremer Orientierungen und Akteure weiter umstritten bleibt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratientwicklung (BAGD), der größte Zusammenschluss von Beratungsteams und Organisationen gegen Rechtsextremismus in Deutschland, kritisiert in einem Positionspapier ein fehlendes Gesamtkonzept, dass die in den letzten Jahren entstandenen Projekte gegen Rechtsextremismus nachhaltig sichert. Vielmehr befürchten viele Beratungsprojekte, Arbeitsbereiche schließen und Mitarbeiterinnen entlassen zu müssen.⁴⁴

Die hier dargestellten perspektivischen Streiflichter mögen auf den ersten Blick ernüchternd wirken. Nichts desto trotz sind sie für eine weitere erfolgreiche Arbeit für Demokratie gegen Menschenfeindliche Einstellungen und Rechtsextremismus von erheblicher Tragweite. Zehn Jahre nach Gründung des Kulturbüro Sachsen und dem flächendeckenden Aufbau Mobiler Beratungsarbeit in Ostdeutschland ist die fachliche Arbeit der Mobilen Beratungsteams und der anderen Arbeitsbereiche im Kulturbüro Sachsen in kommunaler Praxis und Wissenschaft unumstritten. Es wird auf die weitere Unterstützung der am Thema Demokratientwicklung und Arbeit gegen Rechtsextremismus interessierten Öffentlichkeit und der politisch Verantwortlichen ankommen, um die erfolgreiche Arbeit auch mittelfristig zu sichern und auszubauen.

⁴⁴ vgl.: www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/schwaecht-neues-bundesprogramm-den-kampf-gegen-rechtsextremismus/ und www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/bagd_positionspapier2010.pdf